

# Zu viel Bürokratie bei Flüchtlings-Integration

*Im Landkreis Neu-Ulm berichten Unternehmen aus verschiedenen Branchen zunehmend über erhebliche Probleme, offene Ausbildungsplätze mit Flüchtlingen zu besetzen. Die maßgebliche Ursache sehen die Firmenvertreter in der bürokratischen und praxisfernen Anwendung der 3+2-Regelung (Duldung für drei Jahre Ausbildung plus zwei Jahre Beschäftigung, auch aus sichereren Herkunftsländern). Die Folge: Ausbildungsplätze bleiben trotz steigender Zahl von Flüchtlingen, die im berufsschulpflichtigen Alter sind, unbesetzt.*



**D**ie Unternehmen, die sich für die Integration der Asylsuchenden engagieren, werden bei ihrem Engagement oftmals gleich in mehrfacher Hinsicht ausgebremst. Dies berichten Firmenvertreter von HARDER logistics (Neu-Ulm), Blech & Technik (Vöhringen) sowie dem Autohaus Mack (Senden) übereinstimmend in einer Pressemitteilung. In der Praxis halten die Firmen für einen geeigneten Flüchtling einen Ausbildungsplatz frei, den sie später nicht mehr besetzen können, falls dieser es nicht schafft, das lange und aufwendige Verfahren bei den Behörden zu durchlaufen. Außerdem ist das Thema so komplex, dass mit der Betreuung der Projekte überproportionale Personalkosten verbunden sind. „Flüchtlinge in unserem Landkreis zu integrieren, wird durch die Bürokratie behindert“, so die übereinstimmende Erfahrung der Vertreter der oben genannten Firmen.

## 500 Personalstunden aufgewendet

Der Betriebsverlagerer HARDER logistics hat für die Versuche, Flüchtlinge als potenzielle Auszubildende in das Unternehmen zu integrieren, in den vergangenen zwei Jahren bereits über 500 Personalstunden aufgewendet, bisher jedoch ohne Erfolg. „Mehrere

Anlaufstellen, unterschiedliche Zuständigkeiten, widersprüchliche Entscheidungen und langsame Prozesse behindern den Einstieg der Auszubildenden“, berichtet der geschäftsführende Gesellschafter Marcello Danieli in einer Pressemitteilung. Insgesamt fünf gewerbliche Ausbildungsplätze sind bei dem mittelständischen Unternehmen seit zwei Jahren unbesetzt. Danieli, selbst Sohn eines italienischen Einwanderers, ist davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, jungen Flüchtlingen in den Unternehmen eine Zukunftsperspektive zu geben. „Dies wird nur mit einem unbürokratischen Ansatz gelingen. Mittelständische Unternehmen haben nicht die Kapazitäten, einen Mitarbeiter für die zeitintensive Abwicklung der Formalitäten abzustellen, und das bei ungewissem Ausgang“, so Danielis Einschätzung.

## Hoher bürokratischer Aufwand

Gelingt einem Flüchtling der Schritt in ein Ausbildungsverhältnis, bleibt durch die behördlichen Auflagen auch

während dessen Lehrzeit ein erhöhter Personalaufwand bestehen. Diese Erfahrungen macht Ute Mack vom gleichnamigen Autohaus in Senden, bei dem sich auch Flüchtlinge in der Ausbildung zum KFZ-Mechatroniker befinden. „Alle drei Monate muss ein Auszubildender mit Duldungsstatus mit dem unterzeichneten Vertrag beim Landratsamt vorsehen, um die Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung zu verlängern. Zusätzlich müssen von uns monatlich Vergütungsnachweise an die Ausländerbehörde geschickt werden“, nennt Mack einige Beispiele.

## Politik konterkariert Integrationspakt

Die formalistische Herangehensweise, die nach Einschätzung vieler Unternehmen eher einer Ausbildungsverhinderung-Maßnahme für Flüchtlinge gleicht, ist für die drei mittelständischen Unternehmen nicht in Einklang zu bringen mit dem Integrationspakt, zu dem sich Bayern gemeinsam mit Verbänden der Wirtschaft verpflichtet hat. Demnach sollen bis 2019 rund 60.000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die bayrische Wirtschaft unterstützt dieses Projekt mit 8 Millionen Euro.

Marcello Danieli, geschäftsführender Gesellschafter von HARDER logistics, kritisiert bürokratische Hemmnisse bei der Besetzung offener Ausbildungsplätze mit Flüchtlingen. Bilder: HARDER logistics

